

Jusos Hamburg: Das Reformpaket der Bundesregierung ist kein Aufbruch, sondern eine Kapitulation der SPD vor der Union

Hamburg, 9. Juli 2026

Die Jusos Hamburg kritisieren das Reformpaket der Bundesregierung scharf. Obwohl das Ergebnis wochenlanger Verhandlungen einige SPD-Teilerfolge enthält, überdecken diese Korrekturen nicht, was dieses Paket in seiner Summe ist: ein Angriff auf Arbeitnehmer:innen, gepaart mit einer Verkürzung demokratischer Kontrollrechte.

Vergangene Woche hat die schwarz-rote Bundesregierung ihr 34-Punkte-Reformpaket vorgestellt. Die SPD-Bundesvorsitzende und Arbeitsministerin Bärbel Bas bezeichnet es als „Paket für Aufschwung und Beschäftigung“. Die Jusos Hamburg sehen das anders: Zwar enthält das Ergebnis der wochenlangen Verhandlungen einige Teilerfolge für die SPD, wie die Verhinderung von Karenztagen, leichte Erhöhungen beim Kindergeld und das erste Mal in zwei Jahrzehnten gibt es auch Korrekturen bei besonders hohen Einkommen. **Janne Roehsler**, Landesvorsitzende der Jusos Hamburg, zieht trotzdem kein positives Fazit: „Das Paket als Ganzes stellt einen Frontalangriff auf die arbeitende Gesellschaft sowie auf unsere demokratischen Grundsätze dar. Die kleinen Teilerfolge können das nicht überdecken.“

Doppelter Angriff auf erkrankte Arbeitnehmer:innen

Mit der Abschaffung der telefonischen Krankschreibung und der Einführung der ärztlichen Krankmeldung bereits ab dem ersten Krankheitstag werden durch das Reformpaket gleich zwei neue Einschränkungen für Arbeitnehmer:innen geschaffen. Beides zusammen ist ein Misstrauensvotum gegen Millionen arbeitende Menschen und wirkt wie eine Kapitulation der SPD vor der Union, nachdem Bundeskanzler Friedrich Merz den Arbeitnehmer:innen über Monate hinweg immer wieder unterstellt hatte, zu oft krank zu sein und nicht hart genug zu arbeiten. Die Jusos Hamburg schließen sich der Einschätzung von Ärztevertretungen und Gewerkschaften an: Diese Maßnahmen schaffen eine Kultur des Misstrauens, belasten Arztpraxen mit Bagatellfällen und stehen in krassem Widerspruch zum gleichzeitig proklamierten Ziel des Bürokratieabbaus.

Lars Klingbeil und seine Steuerreform: „Als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet.“

SPD-Finanzminister Lars Klingbeil hatte eine Einkommensteuerreform angekündigt, die Normalverdienende um bis zu 900 Euro jährlich entlasten und durch höhere Steuern auf Erbschaften und Spitzeneinkommen gegenfinanziert werden sollte.

Herausgekommen ist ein „Reförmchen“, mit dem die Koalition die breite Masse leider nicht spürbar entlastet. Wenn Lars Klingbeil auf die Modellrechnungen für eine vierköpfige Familie verweist, die monatlich nun 50 Euro mehr zur Verfügung haben soll, dann täuscht er darüber hinweg, dass die Mehrheit der Menschen in Deutschland von seinen Plänen gar nicht entlastet werden.

Zwar greift ein um 2 % höherer Spitzensteuersatz auf jeden Euro, der über dem Einkommen von 250.000 EURO im Jahr liegt. **Janne Roehser**, Landesvorsitzende der Jusos Hamburg schränkt jedoch ein: „Wenn Lars Klingbeil die Pläne der Koalition als „Superreichensteuer“ bezeichnet, dann ist das ein Etikettenschwindel. Die reichsten Menschen in Deutschland horten ihr Vermögen in Immobilien, Stiftungen und Unternehmensbeteiligungen. Diese werden von den Reformplänen bei der Einkommenssteuer aber überhaupt nicht adressiert.“

Entsprechend ziehen die Jusos Hamburg ein durchwachsenes Fazit. **Janne Roehsler** resümiert: „Die Koalition ist mit ihren Reformplänen als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet.“

Informationsfreiheitsgesetz: Demokratie wird stillgelegt

Weitgehend unbeachtet von der öffentlichen Debatte sieht das Reformpaket auch eine sogenannte „Weiterentwicklung“ des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) vor, die faktisch dessen Aushöhlung bedeutet. Das IFG ist eines der wichtigsten Instrumente zivilgesellschaftlicher Kontrolle und muss geschützt werden. Die Jusos Hamburg können nachvollziehen, warum Leute in der Union wie Jens Spahn oder Philipp Amthor das Gesetz nicht mögen: Schließlich hat das IFG Bürger:innen, Journalist:innen und NGOs den Zugang zu Dokumenten ermöglicht und hat Transparenz in das mindestens ethisch verwerfliche Handeln dieser beiden Politiker gebracht. Nun soll mittels der Reform die Machtbalance deutlich verschoben werden, erneut zulasten der oft zitierten „arbeitenden Mitte“.

Dazu **Emilian Soares**, Landesgeschäftsführer der Jusos Hamburg: „Die Anti-Korruptionsgesetze in Deutschland sind im europäischen Vergleich sehr lasch. Ein gutes Dutzend Unionsabgeordneter hat eine gesundheitliche Notlage in Deutschland genutzt, um sich mit Masken-Deals teils Millionenbeträge in die eigenen Taschen zu stopfen.“ Damals wurden die Praktiken von Löbel, Nüßlein und Co. auch im Rahmen hunderter IFG-Anfragen publik. Die Jusos fordern die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag deshalb zum Handeln auf. **Soares** weiter: „Alle Fraktionen, die jetzt gegen Transparenz ankämpfen, sind beim nächsten Korruptionsskandal mitverantwortlich.“

Über die Jusos Hamburg

Die Jusos Hamburg (Jungsozialist*innen in der SPD Hamburg) sind die Jugendorganisation der SPD Hamburg und mit über 2.500 Mitgliedern der größte politische Jugendverband in der Hansestadt. Es engagieren sich junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren. Gegliedert sind die Jusos in sieben Kreise mit 29 sogenannten Juso-Gruppen. Darüber hinaus bestehen drei Hochschulgruppen an der Universität Hamburg, der Bucerius Law School und der HafenCity Universität sowie eine landesweite Schüler*innen- und Auszubildendengruppe. Die Jusos Hamburg entwickeln und diskutieren junge und wichtige Ideen, organisieren Kampagnen und Wahlkämpfe und bringen die Stimme der jungen Generationen in die SPD und in die Hamburger Politik ein. Die Grundwerte der Jugendorganisation sind Sozialismus, Internationalismus und Feminismus.

Pressekontakt

Jusos Hamburg
Emilian Soares
Landesgeschäftsführer
E-Mail: jusoshamburg@spd.de
Tel.: 040/2808-4813